

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Aktuelles aus dem Projekt

Strategisches Steuerungsgremium

Teilprojekt Fachkonzeption

Teilprojekt Standardisierung

Teilprojekt Digitalisierung der Arbeitshilfen, Leitfäden und Checklisten

Teilprojekt Abstimmungs- und Kommentierungsdienst (AuK)

Teilprojekt Technische Konzeption

Kontaktmöglichkeiten

Newsletter erhalten oder abbestellen

Kontakt zum Projekt E-Gesetzgebung

Veröffentlicht am 14.08.2019



Dienstekonsolidierung

E-Gesetzgebung

Vorwort

Herzlich willkommen zum Newsletter E-Gesetzgebung!

Dieser Newsletter informiert Sie regelmäßig über Fortschritte und Hintergründe im **Projekt "Elektronisches Gesetzgebungsverfahren" (E-Gesetzgebung)**.

Am Ende des Newsletters finden Sie die Kontaktdaten der Projektleitung im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), die Ihnen jederzeit gerne für Rückfragen und einen fachlichen Austausch zur Verfügung steht!

Das nutzerzentrierte und partizipative Vorgehen für eine bedarfsgerechte Lösung wird weiterhin in allen Bereichen der Maßnahme verfolgt. Der im vorigen Newsletter angekündigte Styleguide ist finalisiert. Er dient bereits bei der Entwicklung erster kleinerer Funktionalitäten als Ausgangspunkt. Zusätzlich wurde – wie im Briefkopf zu sehen - ein neues Logo erarbeitet, welches wir gerne präsentieren und welches die Maßnahme als Teil der Dienstekonsolidierungsfamilie kennzeichnet. Wir freuen uns zudem, dass Frau Behnke die E-Gesetzgebung bis Ende 2019 wieder als Teil der Projektleitung unterstützen wird.

Aktuelles aus dem Projekt

Strategisches Steuerungsgremium

Nach der AG-Sitzung am 25. März 2019 hat das Steuerungsgremium am 9. Juli 2019 wichtige Beschlüsse einstimmig gefasst. Diese betreffen die Strukturierte Datenhaltung, den Inhaltsdatenstandard und die Digitalisierung der Arbeitshilfen. Sie werden in diesem Newsletter kurz erläutert. Zudem wurde die Erstellung einer Planung zur Einbindung von eNorm in die E-Gesetzgebung beschlossen.

Teilprojekt Fachkonzeption

Die funktionalen Anforderungen an die E-Gesetzgebung, die – wie in der letzten Ausgabe des Newsletters beschrieben – in Kleingruppen diskutiert und gemeinsam erarbeitet wurden, sind inzwischen in die Konzepte der ersten Umsetzungsstufe eingeflossen. Der aktuelle Stand der Arbeit sowie zentrale Eckpunkte der Fachkonzeption konnten der **Unterarbeitsgruppe (UAG) Fachkonzeption am 17. Juni 2019** präsentiert werden. Die zentralen Eckpunkte umfassen die Beschreibung von funktionalen Bausteinen für die Geschäftsobjekte, Regelungsvorhaben, Regelungsentwürfe, Begleitdokumente, Zeitplanung, Programmplanung sowie der Prozessvorlage.

Die Konzepte sollen nun mit den Stakeholdern und der UAG weiter validiert und geschärft werden. Eine anschließende UAG-Sitzung für die Abstimmung eines neuen Beteiligungskonzeptes und der weiteren Arbeitsschritte ist in Vorbereitung. Darüber hinaus sollen in den nächsten Monaten weitere Anforderungen an die Funktionalität der E-Gesetzgebung, insbesondere in Hinblick auf das verfassungsorganübergreifende Arbeiten und Verwalten von Regelungsvorhaben, mit den Stakeholdern vertieft werden.

Teilprojekt Standardisierung

Die UAG Standardisierung feierte mit dem am 9. Juli 2019 durch das Strategische Steuerungsgremium **gefassten Beschluss zur Entwicklung eines Inhaltsdatenstandards** für die E-Gesetzgebung einen wegweisenden Erfolg. Im Rahmen der im Teilprojekt Standardisierung durchgeführten prototypischen Modellierung konnte die grundsätzliche Eignung von LegalDocML als Basisdatenformat nachgewiesen werden. In einem nächsten Schritt soll LegalDocML für die deutsche Rechtsetzung spezifiziert und als LegalDocML.de entwickelt werden.

Der Standard umfasst dabei eine Spezifikation, ein Konventionenhandbuch und ein URI-Konzept, welche im ersten Schritt Regelungsentwürfen abbilden werden. In einer darauffolgenden Umsetzungsphase soll der Standard dann um weitere Dokumenttypen der Bundesregierung und der Verfassungsorgane sowie um das Bestandsrecht erweitert werden. Um die Weiterentwicklung und Pflege von LegalDocML.de auch zukünftig sicherzustellen, wird bereits ein Pflegekonzept erarbeitet. Die nächste UAG-Sitzung ist für Mitte Oktober vorgesehen. Über den genauen Termin werden wir die Mitglieder der UAG zeitnah informieren.

Teilprojekt Digitalisierung der Arbeitshilfen, Leitfäden und Checklisten

Das Strategische Steuerungsgremium hat den Beschlussvorschlag der UAG Arbeitshilfen angenommen, in dem die Entwicklung ineinandergreifender Anwendungen zur Informationsbereitstellung und zur Folgenabschätzung festgeschrieben ist. Zur genauen Darstellung des Zielbildes wird bis Ende des Jahres ein Konzeptpapier vorgelegt und abgestimmt, das den Digitalisierungsansatz für die Arbeitshilfen beschreibt.

Weiterhin arbeiten wir daran, den RechtsetzungsreferentInnen möglichst in diesem Jahr **erste Anwendungen** zur Verfügung zu stellen. Zu nennen sind hier der „elektronische Verfahrensassistent im Rechtsetzungsprozess“ (eViR), die „elektronische Vorbereitung von Regelungsentwürfen“ (eVoR) und die Digitalisierung der Arbeitshilfenbibliothek.

Darüber hinaus sind die Konzepte zur digitalen Umsetzung des KMU-Tests, der allgemeinen Vorgaben zur Darstellung der Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte sowie des Demografie-Checks bereits mit den federführenden Stellen abgestimmt und finalisiert worden. Aktuell wurde mit der Konzeption zur Umsetzung des Leitfadens zur Einbeziehung der Belange behinderter Menschen (Disability Mainstreaming) sowie des Leitfadens zum Erfüllungsaufwand mit der Neuprogrammierung des Rechenassistenten ErbeX begonnen.

Weitere Arbeitshilfen zum Rechtsetzungsverfahren (Arbeitshilfe zur geschlechterdifferenzierten Gesetzesfolgenabschätzung, E-Government-Prüfleitfaden und das Handbuch der Rechtsförmlichkeit) werden derzeit aktualisiert.

Zudem überarbeiten wir auf Anregung der UAG Arbeitshilfen das Umsetzungskonzept für eVoR, um es im nächsten Umsetzungsschritt stärker mit der elektronischen Gesetzesfolgenabschätzung (eGFA) zu verzahnen.

Die nächste UAG Sitzung ist für Oktober vorgesehen. Über den genauen Termin werden wir die Mitglieder der UAG zeitnah informieren.

Teilprojekt Abstimmungs- und Kommentierungsdienst (AuK)

Die Maßnahme E-Gesetzgebung plant ein **Vergabeverfahren** für die Beschaffung eines Abstimmungs- und Kommentierungsdienstes (AuK). Auf

Grundlage der Evaluierung des Prototyps „elektronischer Abstimmungs- und Kommentierungsdienst“ (eTab) wurde festgestellt, dass keine IT-Lösung am Markt die spezifischen Anforderungen des deutschen Rechtsetzungsverfahrens an die Erstellung, Abstimmung und Kommentierung von Normtexten erfüllt. Ziel ist es, diese wesentliche Aufgabe staatlichen Handelns hochintuitiv, rechtssicher und zukunftsfähig abzubilden. Das Vergabeverfahren eröffnet die Möglichkeit, mit innovativen Dienstleistern eine Kooperation einzugehen, die neue Wege beschreitet und ein zukunftsfähiges Ergebnis in Aussicht stellt. Derzeit erfolgt in enger Abstimmung mit dem Beschaffungsamt des BMI die Erarbeitung der Vergabeunterlagen mit dem Ziel einer zeitnahen Veröffentlichung.

Teilprojekt Technische Konzeption

Die UAG Technische Konzeption konnte mit dem einstimmigen Beschluss des Strategischen Steuerungsgremiums vom 9. Juli 2019 über die Verwendung einer strukturierten Datenhaltung einen wesentlichen Grundstein für die weitere Arbeit legen. Die datenzentrierte Verarbeitung ist Grundlage für einen automatisierbaren Rechtsetzungsprozess.

Derzeit werden in der Technischen Konzeption u. a. ein Proof of Concept (PoC) für eine Workflow-Lösung, sowie das Konzept für Versionierung und Historisierung sowie ein Berechtigungskonzept erarbeitet. Hierzu besteht eine enge Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt und deren Lösung „Gemeinsames Planungs- und Kabinettsmanagement-Programm“ (PKP) um die Potentiale der Einbindung bzw. Nutzung zu erörtern. Ergänzend wird das Sicherheitskonzept und die Schutzbedarfsfestellung für die erste Umsetzungsstufe in Zusammenarbeit mit dem BSI er- bzw. überarbeitet.

Die nächste UAG-Sitzung wird voraussichtlich Mitte des vierten Quartals 2019 stattfinden. Über den genauen Termin werden wir die Mitglieder der UAG zeitnah informieren.

Kontaktmöglichkeiten

Newsletter erhalten oder abbestellen

Weitere Interessenten können in unseren Newsletter jederzeit aufgenommen werden. Möchten Sie diesen Newsletter nicht weiter erhalten, geben Sie uns bitte eine kurze Rückmeldung, damit Ihre E-Mail-Adresse aus dem Verteiler gelöscht wird.



Kontakt zum Projekt E-Gesetzgebung



Sie erreichen das Projekt E-Gesetzgebung wie folgt:

Maßnahmenverantwortliche Leif Pülicher und
Kathrin Behnke

Projektpostfach

E-Mail: eGesetzgebung@bmi.bund.de

Referatspostfach der Arbeitsgruppe DG I 5 Dienstekonsolidierung

E-Mail: DG15AG@bmi.bund.de

Impressum:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

E-Mail: poststelle@bmi.bund.de

Internet: <http://www.bmi.bund.de>

Alt-Moabit 140

D-10557 Berlin

Telefon: 030 / 18681 - 0

Telefax: 030 / 18681 - 2926